



Yvonne Feri
Ihre Stimme für Kinder
und Gesundheit

Nationalrat

Conseil national

Consiglio nazionale

Cussegl naziunal



Bern, 17. Dezember 2021

Bericht aus der Session – Nummer 41
Rückblick auf die Wintersession

Geschätzte Damen und Herren,
Liebe Kolleginnen und Kollegen

Das zweite Corona-Jahr neigt sich dem Ende zu. Die letzten beiden Pandemiejahre verlangten jeder einzelnen/ jedem einzelnen sowie der ganzen Gesellschaft viel ab. Umso grösser ist die Hoffnung, dass das Jahr 2022 besser wird dank einer hohen Durchimpfung (auch bei Kindern) inkl. Booster, einer Routine mit Schutz- und Hygienemassnahmen sowie verbesserten Behandlungsmöglichkeiten. Wichtig erscheint mir beim Blick in die Zukunft auch die eigene Gesundheitsprävention: Wenn wir unser physisches und mentales Immunsystem stärken, können wir gewissen Viren besser Widerstand leisten.

Das unbeschwerte Zusammensein im Freundes- und Familienkreis, gesellschaftliche Anlässe und das freie Reisen wünsche ich mir aus unserem alten Leben zurück. Dass es auch wunderschöne, umweltgerechte Reiseziele in unserer näheren Umgebung gibt, hat uns die Pandemie gelehrt, auch wenn meine Leidenschaft zu Afrika nicht verfliegen ist.

Die Corona-Krise hat uns auch vor Augen geführt, wie wichtig ein gut funktionierendes Gesundheitssystem ist. Zum Aufbruch in ein neues Leben nach der Pandemie gehört unbedingt dazu, dass wir die Arbeitsbedingungen der Pflegenden in der Schweiz markant verbessern, indem wir die Pflegeinitiative rasch und unverwässert umsetzen – Teile davon sind bekanntlich bereits vorhanden, es geht insbesondere noch um die Anstellungsbedingungen.

Vom Digitalisierungsschub während der Pandemie werden wir noch lange profitieren. In modernen Arbeitsverhältnissen werden Homeoffice und virtuelle Sitzungen weiterhin dazugehören, wenn auch die persönlichen Kontakte hoffentlich wieder besser gepflegt werden können.

Im Parlament wird die Pandemie hoffentlich bald nicht mehr das dominierende Thema sein. Es gibt so viele Anliegen und Geschäfte, die ebenso wichtig sind. Ich hoffe, mich auch im nächsten



Jahr über kleine und grosse politische Erfolge freuen zu können, wie beispielsweise aktuell über die Überweisung meines [Postulats 19.4407](#) und die [Ausschreibung](#) zur Evaluation des Bundesgesetzes über Internationale Kindesentführungen, die soeben aufgrund meines Postulats [20.4448](#) erfolgt ist.

Ich wünsche Ihnen allen ein gesundes, spannendes 2022!

Herzlichst Ihre

Yvonne Feri
Nationalrätin SP/AG
Präsidentin Stiftung Kinderschutz Schweiz



17.12.2021
Aus dem Nationalrat
Bericht aus der Session
Nummer 41
Rückblick auf die
Wintersession...

Regierungsreform: Die Landesregierung soll nach dem Willen des Nationalrats künftig neun statt sieben Mitglieder haben. Er hat eine entsprechende [parlamentarische Initiative](#) von Nadine Masshardt (SP/BE) mit 102 zu 79 Stimmen bei 4 Enthaltungen angenommen. Die Befürworterseite argumentierte insbesondere mit der besseren Einbindung aller politischen Kräfte. Nun muss sich der Ständerat mit dem Vorstoss befassen. Dort dürfte es die Idee schwer haben. Die Staatspolitische Kommission des Ständerats (SPK-S) sprach sich bei der Vorberatung gegen eine Regierungsreform aus.

Kommentar: *Es gibt einige Argumente, die für 9 Bundesrätinnen und Bundesräte sprechen: eine bessere Einbindung der politisch relevanten Kräfte, die bessere Vertretung von verschiedenen Sprach- und Landesteilen sowie die Verteilung der hohen Arbeitslast auf mehr Schultern im Bundesrat. Ich unterstütze diese Initiative klar.*

Covid-19-Gesetz: Die Anpassungen im Covid-19-Gesetz mussten wegen zwei Differenzen in die Einigungskonferenz. In einen ging es um die Spitalplanung. Die Räte waren sich lange nicht einig, ob der Bund bei der Spitalplanung in die Hoheit der Kantone eingreifen soll. Hier setzte sich ein Kompromiss durch: Die Kantone finanzieren die zur Abdeckung von Auslastungsspitzen während Krisen nötigen Vorhalteleistungen. Der Bund kümmert sich dagegen neu um die Frage der massgebenden Kapazitäten. Zum anderen blieb lange die Frage offen, ob der Bund Verträge mit Covid-19-Impfstoff-Herstellern nach Beschaffung der Impfstoffe veröffentlichen muss oder nicht. Der Ständerat setzte sich durch, die Verträge sollen nicht veröffentlicht werden.

Kommentar: *Es ist wichtig, das Covid-19-Gesetz nochmals den veränderten Gegebenheiten anzupassen und insbesondere die Dauer der Massnahmen zu verlängern. Ich hoffe fest, dass nicht nochmals ein Referendum ergriffen wird, schliesslich hat sich eine deutliche Mehrheit des Volkes bereits zweimal für das Covid-19-Gesetz ausgesprochen.*

Coronavirus - Schweiz: Der Nationalrat hat die Aufhebung der besonderen Corona-Lage erneut deutlich abgelehnt. Er stimmte mit 128 zu 42 Stimmen bei sechs Enthaltungen gegen einen entsprechenden [Vorstoss](#) der SVP. Am Donnerstag berät der Ständerat eine gleichlautende Motion von SVP-Parteipräsident Marco Chiesa. Alfred Heer (SVP/ZH) führte aus, es sei nicht mehr nötig, "dass der Bundesrat weiterhin das Diktat führt". Wegen fehlender Schutzkonzepte für die Alters- und Pflegeheime und dem Personalnotstand in den Spitälern warf er dem Bundesrat Staatsversa-gen vor. Der Bundesrat wies die Anwürfe der SVP zurück und lehnte den Vorstoss ab mit dem Verweis auf die besorgniserregende Entwicklung der pandemischen Situation. Objektiv seien die Voraussetzungen für das Vorliegen einer besonderen Lage gemäss Artikel 6 des Epidemien-gesetzes nach wie vor erfüllt. Eine Aufhebung der besonderen Lage sei zum jetzigen Zeitpunkt ver-früht.



Kommentar: Es wäre absolut unverantwortlich, bei den aktuell so hohen Corona-Fallzahlen und einer drohenden Überlastung der Intensivstationen die besondere Lage aufzuheben.

Negativzinsen für die AHV: Die Einnahmen aus den Negativzinsen der Schweizerischen Nationalbank sollen nach dem Willen des Nationalrats der AHV zugutekommen. Er hat einer entsprechenden [parlamentarische Initiative](#) mit 108 zu 71 Stimmen bei sechs Enthaltungen zugestimmt. Der Rat unterstützte das Anliegen bereits zum zweiten Mal. Eine Minderheit der vorberatenden Kommission bezweifelte deshalb die Verfassungsmässigkeit des Vorstosses. Nun muss sich der Ständerat erneut mit der Sache befassen. Erst im Juni dieses Jahres hatte die kleine Kammer eine Motion des Zürcher SVP-Nationalrats Alfred Heer mit der gleichen Forderung abgelehnt. Im Nationalrat hatte Heers Motion ein Jahr zuvor eine Mehrheit gefunden.

Im Nationalrat hatte Heers Motion ein Jahr zuvor eine Mehrheit gefunden.

Kommentar: Angesichts der schwierigen finanziellen Lage der AHV ist es absolut sinnvoll, neue Finanzierungsquellen für die AHV zu suchen. Deshalb unterstütze ich dieses Anliegen.

Träume dir dein Leben schön und mach aus diesen Träumen eine Realität.

Marie Curie

AHV-Reform: Das Parlament hat die AHV-Reform in der Einigungskonferenz verabschiedet. Die Frauen sollen künftig wie die Männer bis 65 Jahre arbeiten.

Für die Frauen der ersten neun Jahrgänge soll es Ausgleichsmassnahmen geben. Offen war bis am Schluss eine Differenz, die sozial geregelt wurde: Die Rentenzuschläge für die Frauen der Übergangsgeneration sollen keine Kürzungen bei den Ergänzungsleistungen (EL) nach sich ziehen.

Kommentar: Wir sind nicht zufrieden und werden das Referendum ergreifen. Die vorgesehenen Kompensationen für Frauen der Übergangsgeneration sind absolut ungenügend.

BVG-Reform: Der Nationalrat ist auf die Reform der obligatorischen beruflichen Vorsorge (BVG) eingetreten. Der im Sommer 2019 von Arbeitgebern und Arbeitnehmern gefundene Kompromiss dürfte einen schweren Stand haben. Kernstücke der Vorlage sind die Senkung des Umwandlungssatzes von 6,8 auf 6 Prozent sowie die Anpassung der Bestimmungen an die Arbeitsformen der Gegenwart. In der Detailberatung folgte der Rat bisher stets der Mehrheit der vorberatenden Kommission, die das Kompromiss-Modell der Sozialpartner als Leistungsausbau missbilligt. Die Eintrittsschwelle bei den Löhnen hat der Nationalrat demnach von heute 25'510 auf 12'548 Franken gesenkt. Zudem sollen künftig schon 20-Jährige mit dem Sparen fürs Alter beginnen können. Heute liegt diese Grenze bei 25 Jahren. Bis zum Alter 44 soll man neu neun Prozent des koordinierten Lohns gutgeschrieben bekommen beziehungsweise erhalten, ab Alter 45 neu 14 Prozent. Der Nationalrat hat am Mittwoch das Kernelement des Sozialpartner-Kompromisses aus der BVG-Reform herausgebrochen. Er will zur Kompensation der Senkung des Umwandlungssatzes lediglich gezielt einer Übergangsgeneration von 15 Jahrgängen einen Rentenzuschlag auszahlen. In der Gesamtabstimmung hiess der Nationalrat als Erstrat die BVG-Reform mit 126 zu 66 Stimmen bei einer Enthaltung gut. Dagegen stimmten die Fraktionen der Grünen und der SP, die sich ohne Erfolg für den Kompromiss der Sozialpartner stark machten. Auch der Bundesrat trat für diese Lösung ein. Die Vorlage geht nun in den Ständerat. Die Gewerkschaften haben bereits mit dem Referendum gedroht, sollte der zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern ausgehandelte Kompromiss im Parlament scheitern. Beobachter gehen davon aus, dass der Ständerat deshalb wohl die Rentenzuschläge etwas ausbaut, um die Chance der Reform an der Urne zu erhöhen.

Kommentar: Die Umverteilungen in der zweiten Säule sollen beseitigt werden, doch nicht auf Kosten der Übergangsgenerationen. Die Rentenzuschläge für die Übergangsgenerationen gilt es des-



halb mit aller Kraft zu verteidigen. Es ist sehr schade, dass der ursprünglich gemeinsam erarbeitete und getragene Kompromiss der Sozialpartner keine Chance mehr hatte bei den bürgerlichen Parteien. Eine Kehrtwende.

Klima: Die aktuellen CO₂-Reduktionsziele in der Schweiz gelten bis 2024 statt wie ursprünglich vorgesehen nur bis Ende des laufenden Jahres. Der Nationalrat hat am Montag die letzten Differenzen zum Ständerat ausgeräumt. Hintergrund des Schritts ist das Nein des Stimmvolks zum neuen CO₂-Gesetz im Juni. Ohne eine Übergangslösung wären bereits ab 2022 keine Vermeidungsverpflichtungen mehr möglich gewesen. Mit dieser Regelung können Unternehmen bestimmter Branchen die CO₂-Abgabe zurückerstattet erhalten, wenn sie sich verpflichten, ihre Emissionen zu reduzieren. Auch die Kompensationspflicht für Importeure von Benzin und Diesel wäre Ende Jahr ausgelaufen.

Kommentar: *Ich bin erleichtert, dass die CO₂-Reduktionsziele bis 2024 verlängert worden sind.*

Asyl: Vorläufig in der Schweiz aufgenommene Personen sollen grundsätzlich nicht reisen dürfen - auch nicht im Schengen-Raum. Der Nationalrat ist in dieser Frage auf die Linie des Ständerats eingeschwenkt. Die bürgerliche Mehrheit vertrat die Ansicht, nur so lasse sich das Verbot von Reisen ins Herkunftsland durchsetzen. Die Linke und die GLP kritisierten, das Reiseverbot verletze die Grundrechte - namentlich das Recht auf Familienleben und jenes auf Bewegungsfreiheit. Die Vorlage ist bereit für die Schlussabstimmung.

Kommentar: *Es ist enttäuschend, dass sich die bürgerliche Mehrheit bei dieser Vorlage durchgesetzt hat.*

Sorgerecht: Wer für ein Kind das Sorgerecht hat, soll künftig im Einwohnerregister stehen. Dafür hat sich der Nationalrat ausgesprochen. Die grosse Kammer stimmte oppositionslos einer entsprechenden [Motion](#) ihrer Kommission für Wissenschaft, Bildung und Kultur (WBK-N) zu. Das Geschäft geht an den Ständerat. Stimmt auch dieser zu, erhält der Bundesrat zunächst den Auftrag, eine Machbarkeitsstudie durchzuführen. Falls diese keine grundlegenden Hindernisse ergibt, müsste die Landesregierung danach neue rechtliche Grundlagen für den Eintrag in die kantonalen und kommunalen Einwohnerregister prüfen.

Kommentar: *Eine solche Einigkeit ist selten im Parlament.*

Integration: Das Parlament will die Ausbildungsmöglichkeiten für spät zugewanderte Jugendliche längerfristig verbessern. Nach dem Ständerat hat auch der Nationalrat eine entsprechende [Motion](#) mit 119 zu 57 Stimmen bei zwei Enthaltungen angenommen. Der Bundesrat muss nun diese Finanzhilfen zu Gunsten von jährlich rund 1500 späteinreisenden Jugendlichen und jungen Erwachsenen "verstetigen". Damit sollen weiterhin wirksame Massnahmen ergriffen werden, welche die Kompetenzen der betroffenen Jugendlichen im Hinblick auf eine Berufsausbildung stärken. Zeitlich befristet bis Mitte 2024 zahlte nach bisher gültiger Regel der Bund 18 Millionen Franken pro Jahr, weitere 18 Millionen Franken die Kantone.

Kommentar: *Über diesen Beschluss freue ich mich sehr. Eine solide Ausbildung für alle jungen Menschen in unserem Land ist enorm wichtig!*

Abstimmungen: Der Bund muss künftig keine stärkeren Kontrollen durchführen, ob bundessteuerbefreite gemeinnützige Organisationen die Regeln zur Verwendung ihrer Gelder einhalten. Der Nationalrat hat eine entsprechende [Motion](#) aus dem Ständerat abgelehnt. Der Vorstoss ist erledigt. Mit 98 zu 84 Stimmen bei 9 Enthaltungen sagte die grosse Kammer Nein zu einem Vorstoss von FDP-Ständerat Ruedi Noser (ZH). Der Motionär störte sich insbesondere am finanziellen Engagement vieler gemeinnütziger Organisationen im Kampf für die Konzernverantwortungsinitiative und gegen das Jagdgesetz im vergangenen Jahr. Er war wie die Mehrheit des Ständerats und der vorberatenden Nationalratskommission der Meinung, dass zu wenig hingeschaut werde. Eine knappe Mehrheit im Nationalrat sah dies jedoch anders.



Kommentar: Zum guten Glück ist dieser Vorstoss vom Tisch. Die NGO's benötigen eine breite Palette an Handlungsmöglichkeiten, um für ihre gesellschaftlichen Anliegen wie Kinderschutz, Gewaltbekämpfung, Klimaschutz oder Inklusion einzutreten. Das politische Engagement gehört auch dazu.

IV-Arbeitsintegration: Der Bundesrat soll in einem Bericht aufzeigen, wie sich die IV-Eingliederungsmassnahmen längerfristig auf die Einkommenssituation von Menschen mit Beeinträchtigung auswirken. Der Nationalrat stimmte einem [Postulat](#) von Yvonne Feri (SP/AG) mit 98 zu 89 Stimmen bei sieben Enthaltungen zu. Basierend auf dem Bericht solle der Bundesrat dann in Zusammenarbeit mit den Kantonen und weiteren Akteuren Massnahmen ergreifen, damit Menschen mit Behinderungen oder gesundheitlichen Belastungen dank einer tatsächlichen Arbeitsintegration oder einer Rente nicht in prekären finanziellen Situationen leben müssen. Gesundheitsminister Alain Berset sagte, dass es diesen Bericht nicht brauche, es gebe andere Projekte, die diese Fragen klärten.

Kommentar: Es freut mich ausserordentlich, dass das Parlament einen weiteren Effort ergreifen will, um die Arbeitsintegration von Menschen mit Behinderungen durch die IV zu verbessern und mein Postulat gegen den Willen des Bundesrates überwiesen hat.

Wiedergutmachung: Beim Bundesamt für Justiz treffen pro Monat weiterhin zwischen 30 und 40 Gesuche um Solidaritätsbeiträge von Personen ein, die Opfer von fürsorglichen Zwangsmassnahmen wurden. In den vergangenen 12 Monaten waren rund 1350 Gesuche eingegangen. Das schreibt der Bundesrat auf eine Frage, die der Berner Mitte-Nationalrat Heinz Siegenthaler in der Fragestunde des Nationalrats gestellt hatte. Das Parlament hatte am 19. Juni 2020 beschlossen, dass es für das Einreichen von Gesuchen keine Frist mehr gibt. Dass weiterhin Gesuche eingereicht werden zeige, dass die notwendigen Informationen zur Fristaufhebung viele der Betroffenen erreicht hätten und nach wie vor erreichten, schreibt der Bundesrat. Zuvor waren rund 9000 Gesuche eingegangen.

Kommentar: Es ist sehr wichtig, dass Betroffene ohne Zeitdruck entscheiden können, ob und wann sie ein Gesuch einreichen wollen.

Persönliche Vorstösse in der Wintersession:

- [21.4399](#) Ausgleich der gesundheitsbedingten Mehrkosten bei Zöliakie (Postulat)
- [21.4485](#) Eindämmen häuslicher Gewalt (Interpellation)
- [21.8177](#) Wie wird der Vollzug der neuen Aufgabe des RAD evaluiert? (Fragestunde)
- [21.8048](#) Wie wird die Wahrnehmung der neuen Aufgabe des RAD sichergestellt? (Fragestunde)
- [21.4486](#) Förderung der Rechtsberatung in der Sozialhilfe mittels Anschubfinanzierung (Motion)